

Haushaltsrede zur Einbringung des Haushaltes für das Jahr 2012

Ratssitzung vom 01.12.2011

Bürgermeister Frank Helmenstein

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Liebe Gummersbacherinnen und Gummersbacher,
sehr verehrte Stadtverordnete,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

„Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist sie zu gestalten.“ Mit diesem Ausspruch des früheren Bundeskanzlers Willy Brandt verbinde ich gleich zu Beginn meiner Haushaltrede den festen Willen, mit Ihnen gemeinsam auch im kommenden Jahr unsere Heimatstadt in allen Bereichen kommunalen Wirkens voranzubringen.

Dabei stehen wir weiterhin vor der großen Herausforderung, unseren Gestaltungsanspruch mit dem Erfordernis der Haushaltsdisziplin in Einklang zu bringen.

Traditionell möchte ich Ihnen zunächst einen Überblick über die wirtschaftlichen bzw. politischen Rahmenbedingungen geben, die unsere Handlungsspielräume maßgeblich beeinflussen.

Nachdem wir die von den USA ausgehende, rasch um sich greifende Finanz- und Bankenkrise gerade überwunden glaubten, sehen wir uns neuen finanziellen Bedrohungen gegenüber: Die europäischen Turbulenzen um Schulden und Gemeinschaftswährung spitzen sich weiter zu. Ausgehend von schwächelnden, ja teilweise bereits kollabierenden Staatshaushalten südeuropäischer Länder gerät nunmehr selbst die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands in den Fokus: „Die Krise spricht jetzt deutsch“ kommentierte die „Financial Times“ in ihrer Ausgabe vom 24. November 2011 den Umstand, dass der Bund am Tag zuvor erstmals für 35 % der von ihm angebotenen Staatsanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren keine Abnehmer fand.

Auch wir mit unseren recht überschaubaren kommunalen Haushalten werden von der Schuldenkrise im Euroraum zusätzlich zu unseren bisherigen Problemen betroffen sein: Der wirtschaftliche Aufschwung, der uns derzeit über steigende Steuereinnahmen zugute kommt, könnte ausgebremst werden; sollte die Bundesrepublik mit Milliardenbeträgen für die Rettung von Drittstaaten und Not leidenden Banken eintreten müssen, wird dies im Finanzgefüge zwischen Bund, Ländern und Kommunen erhebliche Spuren hinterlassen. Schon jetzt müssen wir uns darauf einrichten, dass die von den europäischen Regierungschefs geforderte Stärkung der Eigenkapitalbasis der Banken die Verfügbarkeit von Krediten einschrän-

ken und möglicherweise auch nachteilige Auswirkungen auf die Zinslandschaft haben wird.

Noch viel schlimmer ist aber die psychologische Folgewirkung der Krise im Euroraum: Den geldgebenden Banken ist – vielleicht erstmals in aller Deutlichkeit – vor Augen geführt worden, dass Staatspleiten selbst in einem Verbund mit starken Partnern sehr wohl möglich sind und man sich genau überlegen sollte, wem man und in welcher Höhe Kredite gibt. Verunsichert sind damit nicht nur Märkte und Anleger, sondern zudem die Geldgeber!

Auch wenn Deutschland bislang ein Hort der Stabilität war und die Finanzmärkte und Geldinstitute bislang hohes Zutrauen hatten: Die Euro-Krise wird dazu führen, dass man die seit Jahren steigende Staatsverschuldung und insbesondere die Verschuldung der Kommunen noch kritischer betrachten und entsprechend vorsichtig handeln wird.

So ist es sicher kein Zufall, dass vor kurzem die im Münsterland ansässige WL Bank bundesweit für Furore sorgte, indem sie erklärte, Nothaushaltskommunen keine Kassenkredite mehr zur Verfügung zu stellen. Von anderen Geldinstituten ist bekannt, dass sie die Höhe der jeweiligen Kassenkredite für besonders hoch verschuldete Kommunen kontingentieren. Im Übrigen ist festzustellen, dass bei den Geldinstituten zunehmend interne Ratings über Kommunen bestehen und danach auch Zinshöhen festgelegt werden.

Wenn man sich in Erinnerung ruft, dass die Kassenkredite sämtlicher Kommunen in Deutschland im Jahre 1992 gerade 1,2 Milliarden EUR betragen, inzwischen aber auf über 40 Milliarden EUR angewachsen sind und sich seit 2003 vervierfacht (!) haben, wird die Bedrohlichkeit dieser Entwicklung deutlich. Selbst ohne das Krisenszenario in der Eurozone hätte dies über kurz oder lang zu Konsequenzen geführt.

Um so bemerkenswerter ist es, wie gelassen der nordrhein-westfälische Innenminister, der ja auch Kommunalminister ist, die Vorgänge um die WL - Bank mit einem Hinweis darauf kommentierte, dass nach seiner Kenntnis bislang noch alle Kommunen die erforderlichen Kassenkredite bekommen hätten. Demgegenüber hat unser Kämmerer mit Recht die Frage aufgeworfen, was wir eigentlich machen, wenn die Stadt Gummersbach die erforderlichen 50 bis 60 Mio. EUR Kassenkredite nicht mehr in voller Höhe erhält?

Die Folge wäre eine akute Bedrohung unserer kommunalen Handlungsfähigkeit anstatt einer anonymen Defizitzahl auf geduldigem Papier.

Sicher: Viele Kommunen, insbesondere im Ruhrgebiet, sind stärker als wir von solchen Szenarien bedroht. Dennoch zeigen diese Entwicklungen unmissverständlich, dass bei denen, die die kommunale Finanzmisere zumindest verschärft haben und die alleine in der Lage sind wirksam Abhilfe zu schaffen, näm-

lich bei Bund und Land, endlich ein nachhaltiges Umdenken einsetzen muss!

Tatsächlich aber werden seit Jahren permanent Leistungsgesetze in den unterschiedlichsten Bereichen mit gravierenden finanziellen Auswirkungen zu Lasten der Kommunen erlassen; sie sind trotz aller Versprechungen und inzwischen teilweise vorhandener rechtlicher Verankerungen von Konnexitätsprinzipien nicht hundertprozentig kostendeckend oder treiben Kommunen in teure Vorfinanzierungen.

Echte Hilfestellungen für Kommunen sind da leider die rühmliche Ausnahme. Zu nennen wäre etwa die inzwischen nach langjährigem Kampf beschlossene sukzessive Übernahme der Kosten der teuren Grundsicherungsfinanzierung im Alter durch den Bund (derzeitige Gesamtkosten für die Kommunen ca. 3,9 Mrd. EUR). Auch die jüngsten Überlegungen des Landes Nordrhein-Westfalen zum so genannten „Stärkungspakt“ gehen in die richtige Richtung. Sie kommen aber zu spät, wirken langsam und in der Unterstützungswirkung letztlich zu gering und werden von explodierenden Mehrkosten im Bereich der Jugendhilfe oder etwa der Behindertenbetreuung „überholt“.

Dass wir in dieser dramatischen Situation unserer Kommunalfinanzen im Rahmen des Möglichen und Zumutbaren ebenfalls weitere Beiträge leisten müssen, ist klar. Welche Möglichkeiten wir hier haben und wie begrenzt diese letztlich sind, soll Ihnen das aktualisierte **Haushaltsicherungskonzept** verdeutlichen,

das wir Ihnen neben dem Haushalt 2012 heute vorlegen; dazu gleich mehr.

Lassen Sie mich zunächst zum Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2012 kommen:

Es wird sicher keine Überraschung für Sie sein, dass **auch für das kommende Jahr kein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden kann**. Schon gar nicht zu denken ist an einen neuen Haushalt, der - wie der Ihnen gerade präsentierte Jahresabschluss 2007 - gar mit einem Überschuss abschließt. Solche Ergebnisse lassen sich nur in Jahren mit niedrigster allgemeiner Kostensteigerungsrate, „bombigen“ Steuerkraftentwicklungen und Sonderereignissen erreichen.

Unangenehm überrascht ist man aber immer wieder, wenn nach einer sehr erfreulichen Haushaltsentwicklung wie in 2011 mit einer deutlichen Defizitreduzierung von geplanten 11,7 Mio. EUR auf 3 - 4 Mio. EUR **der neue Haushalt wiederum in der ursprünglichen Größenordnung - bei einem Defizit von 11,9 Mio. Euro - liegt**.

Und dies, obwohl die gute Gewerbesteuerentwicklung es uns ermöglicht, im nächsten Jahr 7 Mio. EUR mehr Gewerbesteuer zu kalkulieren, als im laufenden Jahr!

Wenn Sie nach einer Erklärung für diese ständige Berg- und Talfahrt fragen, kann man es auf folgende Kurzformel bringen:

Erhebliche Kostensteigerungen durch steigende Fallzahlen insbesondere im Jugend- und Sozialbereich, ständig neue Leistungsgesetze sowie durch Bund und Land verordnete, erhöhte Standards ohne volle Gegenfinanzierung. Hinzu kommen die erheblichen Schwankungen der Schlüsselzuweisungen des Landes je nach konjunkturabhängiger Steuerkraftentwicklung und über all dem thronende Umlageverbände, welche die Steuerkraftsteigerungen der Kommunen mit Jahresverzug zu einem Gutteil absaugen.

Der Reihe nach und im Einzelnen:

Auf der **Einnahmenseite** unseres neuen Haushaltes haben wir die Kalkulation der **Gewerbesteuer** um 7 Mio. EUR angehoben. Die 14 Mio. EUR Mehreinnahme dieses Jahres konnten wir angesichts eines Vorauszahlungssolls für 2012 von lediglich plus 1 Mio. EUR nicht verantwortlich kalkulieren.

Weiterhin ist erfreulich, dass beim Aufkommen unseres Einkommenssteueranteils eine Verbesserung aufgrund der guten steuerlichen Gesamtentwicklung um 1,7 Mio. EUR kalkuliert werden konnte.

Die **Erhöhung der Realsteuerhebesätze** bei der Grundsteuer A und B, die wir Ihnen als vorweggenommenen Teil unserer HSK - Empfehlungen heute zur Beschlussfassung vorlegen, werden 0,2 Mio. EUR Mehreinnahmen nach sich ziehen.

Demgegenüber wird die Ihnen bekannte GFG - Systematik dazu führen, dass wir bei den **Schlüsselzuweisungen** im nächsten Jahr zusätzlich zu den diesjährigen Kürzungen von 2 Mio. EUR weitere 2 Mio. EUR weniger zu erwarten haben - damit können wir zunächst sogar zufrieden sein, weil wir durch die strukturellen Änderungen im Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 offensichtlich profitiert haben; ansonsten wären die Verluste an dieser Stelle noch größer. Einen genauen Überblick über die dauerhaften Auswirkungen der Systemänderungen im GfG 2012 haben wir übrigens noch nicht.

Die **Ausgabeseite** des Haushalts 2012 ist – wie schon erwähnt - geprägt von allgemeinen Kostensteigerungen in vielen Bereichen, zunehmenden Fallzahlen insbesondere in der Jugendhilfe sowie diversen „Staubsaugereffekten“, zugunsten Dritter, die von unseren Mehreinnahmen profitieren:

Nehmen wir zunächst die **Kreisumlage**. Bei unverändertem Hebesatz von 45,4 Prozentpunkten hätte der Oberbergische Kreis automatisch durch stark gestiegene Steuerkraftzahlen 2,3 Mio. EUR mehr in der Kasse. Selbst wenn die Kreisumlage wie nach der Finanzplanung des Kreises vorgesehen um 1 Prozentpunkt sinken sollte, würde dies eine deutliche Mehreinnahme beim Kreis von immerhin noch 1,7 Mio. EUR aus Kassen der Stadt bedeuten.

Dies kann selbstverständlich nicht richtig sein! Unter anderem mit der Begründung stark gesunkener Umlagegrundla-

gen von 2010 nach 2011 hat der Oberbergische Kreis die Kreisumlage für das laufende Haushaltsjahr überproportional um 4,5 Prozentpunkte erhöht. Insofern ist es nur folgerichtig, wenn in Jahren verbesserter Steuer- und damit Umlagekraft der Kreisumlagehebesatz auch wieder deutlich gesenkt werden muss.

Die in der Finanzplanung des Kreises vorgesehene Rückführung des Hebesatzes von 45,4 auf 44,4 Prozentpunkte reicht angesichts eines fast 7-prozentigen Anstieges der Umlagekraft des Kreises bei weitem nicht aus.

Aufbauend auf den Finanzplanungsdaten des Kreises, in denen für 2012 mit einer Umlagekraftsteigerung von 4 % gerechnet wurde, was bei einem Hebesatz von 44,4 Prozentpunkten als ausreichend betrachtet wurde, muss zumindest der überschüssende Teil der überproportionalen Umlagekraftsteigerung an die Kommunen zurückgeführt werden.

Der Kreisumlagehebesatz müsste, so gerechnet, auf 43,1 Prozentpunkte zurückgeführt werden. Eventuelle Kostensteigerungen beim Kreis müsste dieser bei gerechter Kostenverteilung durch solidarisches Mitsparen in ernstzunehmendem Umfang auffangen.

Der zweite „Staubsaugereffekt“ kommt im erheblichen Maße dem Bund zugute: Über die gestiegene Gewerbesteuer wird er 1 Mio. EUR von uns abziehen, in etwa gleichen Teilen verteilt auf eine gestiegene Gewerbesteuerumlage sowie den Fonds Deutsche Einheit.

Im Bereich der **wirtschaftlichen Jugendhilfe** gibt es trotz deutlich ausgebauter Präventionsarbeit leider wieder zunehmende Fallzahlen und damit um 0,7 Mio. EUR höhere Betreuungs- sowie Unterbringungskosten in Heimen zu vermelden. Zur Erinnerung: Ein Unterbringungsfall im Heim belastet unseren Haushalt mit 54.000 EUR pro Jahr!

Trotz aller Sparbemühungen steigen die **Personalkosten** erstmals wieder deutlich und zwar um 0,5 Mio. EUR.

Die wesentlichen Gründe hierfür liegen in gesetzlich verordneten Aufgabenausweitungen sowie einer intensiveren Präventionsarbeit im Bereich der Jugendhilfe. Hinzu kommen auch im Vergleich zu den Vorjahren erhöhte allgemeine Tarifsteigerungen von 1,9 %.

Trotzdem ist der **Stellenplan** für das Jahr 2012 nicht Auslöser für Personalmehrkosten. Ganz im Gegenteil: 5,8 Stellenneuschaffungen stehen 8,7 Stelleneinsparungen gegenüber, im Saldo also eine Reduzierung um 3,1 Stellen und damit einhergehend eine Entlastung von über 100.000 EUR.

Auch wenn wir wesentliche Anteile der Stelleneinsparungen dem Rechtsformwechsel bei der ARGE Oberberg und der Abgabe von 4 Stellen nach dort verdanken, zeugt der weitere Stellenabbau in Umsetzung unseres Reinigungskonzeptes und als Ergebnis der durchgeführten Organisationsuntersuchung im Ressort Soziale Hilfen deutlich von unserem Bemühen, soweit beeinflussbar die Personalkosten im Griff zu halten. Von den

5,8 vorgeschlagenen Stellenneuschaffungen entfallen im Übrigen 4 Stellen auf gesetzgeberisch veranlasste Mehraufgaben in den Bereichen Jugendhilfen, pädagogische Hilfen sowie dem Kita-Bereich.

Bei den **Stadtwerken** sind Mehrkosten von 0,4 Mio. EUR an Defizitausgleich kalkuliert. Sie begründen sich zum einen aus rückläufigen Einnahmen aus der Beteiligung Energieversorgung sowie insbesondere steigenden Kosten der Bäder, im Falle des Bades Derschlag auch durch erforderliche Sanierungen bedingt.

Nach vielen Jahren rückläufigen Aufwandes bei den **Zinsleistungen** für Kassenkredite in Folge äußerst günstiger Zinsentwicklungen sind für das nächste Jahr hier 0,5 Mio. EUR mehr eingeplant. Dies hängt mit dem Abschluss länger laufender Kassenkredite zur Liquiditäts- und Zinssicherung zusammen. Im Finanzausschuss wurde darüber auf Vorschlag der Verwaltung Einvernehmen erzielt, was angesichts der eingangs erwähnten Risiken der gewiesene Weg ist.

Obwohl damit längst nicht alle Kostensteigerungen genannt sind, ergeben sich allein aus der aufgezeigten Zusammenstellung Mehrkosten von über 5 Mio. EUR, welche die verbleibenden Einnahmesteigerungen damit schon wesentlich reduzieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
ist das Jahr 2012 bis auf die gewichtigen Einnahmen aus der Gewerbesteuer und die genauen Auswirkungen der Verände-

rungen in der GfG – Systematik noch halbwegs planbar, so ist die **Finanzplanung** immer wieder der berühmte Blick in die Kristallkugel.

Selbst wenn die eingangs genannten Horrorszenarien der Euro- bzw. Schuldenkrise an uns vorüber gehen sollten, bleibt die Perspektive unserer weiteren Finanzentwicklung mehr als ernüchternd: Statt wie im diesjährigen Ergebnis in die Nähe eines strukturellen Ausgleichs unseres Haushaltes zu kommen, verharren die Defizite in den Jahren bis 2015 selbst bei optimistischer Kalkulation wesentlicher Eckdaten auf erschreckend hohem Niveau, nämlich zwischen 9 und 14 Mio. EUR pro Jahr.

Dies trotz durchaus optimistischer Kalkulation: So wurde die Kreisumlage wegen der gestiegenen Umlagekraft über den gesamten Finanzplanungszeitraum abgesenkt kalkuliert.

Bei den Schlüsselzuweisungen des Landes sehen wir ebenfalls durchgängig Verbesserungen für die Stadt Gummersbach in der Größenordnung von 2 Mio. EUR pro Jahr wegen der geänderten Lastenverteilung beim sog. Soziallastenansatz. Schließlich wurden die Gewerbesteuererinnahmen mit der für 2012 um 7 Mio. EUR erhöhten Basis entsprechend der Orientierungsdaten hochgerechnet.

Sollte der Konjunktur schneller als erwartet die Puste ausgehen, müssen wir mit demgemäß deutlich höheren Jahresdefiziten rechnen.

Die eingangs genannten Unsicherheiten über die Entwicklung der Rahmenbedingungen unseres kommunalen Wirtschaftens in den Folgejahren sind mit ein Grund dafür, dass das Ihnen heute vorgelegte **Haushaltssicherungskonzept** noch keine zahlenmäßige Fortschreibung über den vom Gesetz vorgesehenen, inzwischen auf 10 Jahre erweiterten Zeitraum enthält. Wir haben es deshalb bescheiden mit „Maßnahmenübersicht und Handlungsperspektiven“ überschrieben.

Dieses Vorgehen erscheint uns insbesondere unter Berücksichtigung des von der Landesregierung vorgelegten „Stärkungspakt – Gesetzes“ und dem darin neu geschaffenen Instrument eines so genannten Sanierungsplanes gerechtfertigt.

Ob, in welcher Form und wie gerichtsfest dieser Stärkungspakt kommt, ist vollkommen unklar und die tatsächliche Höhe der an die einzelnen Kommunen zu zahlenden Entlastungshilfen unbekannt sowie fraglich. Völliges Rätselraten besteht darüber, was eigentlich ein „Sanierungsplan“ im Verhältnis zu einem bisherigen Haushaltssicherungskonzept ist und welche Zwangsmittel drohen, falls man trotz erheblicher Anstrengungen weder in fünf, noch in zehn Jahren den vorgegebenen Haushaltsausgleich erreicht. Klarstellende Vorgaben des Innenministeriums sind zwar angekündigt, liegen aber bis heute nicht vor.

Unter diesen ominösen Rahmenbedingungen legen wir Ihnen das aktualisierte **Haushaltssicherungskonzept** – wie gesagt -

als Maßnahmenübersicht mit Handlungsperspektiven vor. Es ist **dreigegliedert** und enthält Aussagen über

1. wichtige **gesetzgeberische Maßnahmen** der letzten Jahre, die mit erheblichen Belastungen für die Kommunen verbunden waren,
2. eine Übersicht der **wichtigsten Konsolidierungsmaßnahmen** und erzielte Erfolge in der Vergangenheit,
3. verbleibende **Möglichkeiten weiterer Verbesserungen** auf der Einnahmen- und Ausgabenseite, aber eben auch deren Grenzen.

Es wird Sie nicht verwundern, dass im Ergebnis Einnahmeverbesserungen ohne unzumutbare Belastung von Bürgern und Wirtschaft genau so eingeschränkt sind, wie das Erreichen von **Einsparergebnissen** aus dem laufenden Betrieb. Sie liegen unter 1 Mio. EUR pro Jahr, damit aber trotz langen Sparens bei uns immerhin noch in der Größenordnung des aktuellen Haushaltssicherungskonzeptes unserer Aufsichtsbehörde Oberbergischer Kreis.

Selbst die Aufgabe wichtiger Einrichtungen wie Theater, Jugendzentrum Innenstadt oder die Reduzierung vielfältiger Servicedienstleistungen und -angebote würden mittelfristig das Sparpotenzial allenfalls in Richtung 1,2 bis 1,5 Mio. EUR bewegen.

Auch mit diesen möglichen weiteren Einsparpotenzialen werden wir uns beschäftigen. In diesem Zusammenhang betone ich allerdings ausdrücklich, dass für uns kommunale Entscheidungsträger **eine attraktive Infrastruktur und eine bürgerorientierte Verwaltung von überragender Bedeutung sind**; darauf werde ich im zweiten Teil meiner Haushaltsrede ausführlich eingehen.

Eines zeichnet sich aber schon jetzt deutlich und unverkennbar ab: Angesichts der wiederkehrend hohen strukturellen Defizite nach der Finanzplanung von mindestens 9 Mio. EUR pro Jahr bei zu erwartenden Entlastungen aus dem noch nicht verabschiedeten Stärkungspakt allenfalls in einer jährlichen Größenordnung von etwa 1 Mio. EUR **wird mit diesen noch übrig bleibenden Sparpotenzialen ein Haushaltsausgleich niemals zu erreichen sein.**

Soweit zu den wichtigsten Entwicklungen im Ergebnisplan für 2012 sowie der weiteren Finanzplanung und unseren Handlungsperspektiven nach dem aktualisierten Haushaltssicherungskonzept.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
mit dem letzten „Langen Tag der Region“ auf Schloss Eulenbroich in Rösrath endete am 21. Juni dieses Jahres der Präsentationszeitraum der Regionale 2010.

Zuvor konnten wir am 29. Mai gemeinsam den **siebten Projekttag auf dem Steinmüllergelände** begehen, der unter dem Motto „All(t)es Neu“ stand und wiederum eine große Besucherresonanz hatte. Bei dieser Gelegenheit haben wir den vorzüglichen „Werkbericht – 10 Jahre Stadtumbau Gummersbach“ unserer Entwicklungsgesellschaft vorgestellt, der im Sinne einer Zwischenbilanz die Ereignisse der vergangenen Dekade Revue passieren lässt und einen positiven Ausblick auf die weitere Entwicklung gibt.

Die Regionale 2010 wird, da bin ich mir sicher, **als Glücksfall in die Geschichte unser Heimatstadt eingehen**: Unter ihrer Ägide wurde in Gummersbach das Fundament für eine nachhaltige und innovative Stadtentwicklung gelegt, um so die traumatischen Ereignisse der Jahrtausendwende gemeinsam überwinden zu können.

Stellvertretend für die vorbildhafte Unterstützung bei der erfolgreichen Initiierung eines zukunftsorientierten Stadtumbauprozesses gilt mein **besonderer Dank dem Geschäftsführer der Regionale 2010 Agentur, Herrn Dr. Reimar Molitor**.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
natürlich enden mit der Regionale 2010 nicht unsere städtebaulichen Aktivitäten auf dem Steinmüller- bzw. Ackermannengelände sowie in der bestehenden Innenstadt. Gerne möchte ich Ihnen einen Überblick über die laufenden bzw. demnächst an den Start gehenden Maßnahmen und Projekte geben; auch gilt es

auf die Vorhaben kurz einzugehen, die in 2011 abgeschlossen werden konnten.

Insoweit ist sicherlich erwähnenswert, dass im Oktober die „Able Group“ ihre neue Zentrale gegenüber der Fachhochschule Köln beziehen konnte.

Mit diesem Bauvorhaben hat der Gesellschafter der „Able Group“, Herr Frank Ferchau, nicht „nur“ für sein Unternehmen einen Meilenstein gesetzt – **die Architektur der „Able-Zentrale“ nimmt auch eine Vorbildfunktion für den Standort Gummersbach ein.**

An der Zukunft orientiert sich ebenso die im November eröffnete **„Akademie für Gesundheitswirtschaft und Senioren“ (AGewiS)** des Oberbergischen Kreises, die neue Maßstäbe für die Aus- und Weiterbildung im Bereich des Sozial- und Gesundheitswesens setzt.

Abschließen konnten wir nunmehr die Bauarbeiten am **„Stadtgarten Nord“**, der als vielfältig nutzbare Platzfläche mit attraktiven Aufenthaltsmöglichkeiten konzipiert ist und nicht zuletzt durch die Skulpturengruppe „Bürger im Gespräch“ ein gelungenes Entree zur Halle 32 bildet.

In diesem Monat, meine sehr geehrten Damen und Herren, beginnen wir mit der **Sanierung und dem Umbau der Halle 32 zu einem attraktiven Kultur- und Veranstaltungszentrum.** Die Gesamtkosten für dieses Leuchtturmprojekt liegen

voraussichtlich bei 5, 1 Mio. EUR und werden durch das Land Nordrhein-Westfalen in Höhe von 4,1 Mio. EUR gefördert. Erwähnenswert ist im vorliegenden Zusammenhang noch, dass im Juli diesen Jahres der **Kulturbetrieb der Stadt Gummersbach (KultGM)** gegründet wurde, der künftig für den Betrieb der Halle 32 verantwortlich ist.

Auch der geplante **Bau der Multifunktionshalle** ist auf einem guten Weg. Nachdem die nordrhein-westfälische Sportministerin Schäfer uns am 18. Juli einen Zuwendungsbescheid über 4,5 Mio. EUR überbracht hat, wurde unverzüglich das Vorhaben europaweit ausgeschrieben und nach einem vorher festgelegten Verfahren sodann sechs Bieter ausgewählt. Die wesentliche Voraussetzung für die Versendung der Ausschreibungsunterlagen an die Bieter war, dass private Investoren Kommanditanteile in einer Größenordnung von 2,4 Mio. EUR zeichneten. Am 4. Oktober lagen diese Verpflichtungen vor. Verbunden mit einem aufrichtigen Dank möchte ich **ausdrücklich würdigen, dass sich zahlreiche Unternehmen und Privatpersonen aus der Region in vorbildhafter Weise hier eingebracht haben**, um vor allem die wirtschaftliche und sportliche Zukunft unseres VfL Gummersbach zu sichern; dies nachdem die Handballregion bereits im Mai innerhalb einer Woche die unglaubliche Summe von 2,2 Mio. EUR zum Erhalt der Bundesligalizenz unseres VfL gespendet hatte; hierfür danke ich allen Beteiligten noch einmal sehr herzlich.

Nachdem die Ausschreibung planmäßig versandt wurde, müssen die indikativen Unterlagen am 10. Januar 2012 vorgelegt werden. Über den weiteren Fortgang des Hallenprojektes wird der Bauherr, die Arena Gummersbach GmbH & Co. KG, die Öffentlichkeit zu gegebener Zeit unterrichten.

Auch mit Blick auf die **Errichtung des neuen Einkaufszentrums** sind wir zwischenzeitlich **entscheidend vorangekommen**. Nachdem der Rat in seiner Mai-Sitzung der Hanseatischen Betreuungs- und Beteiligungsgesellschaft (HBB) den Zuschlag zum Bau des Centers erteilt hat, schaffen wir zurzeit die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erteilung der Baugenehmigung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

„Wo steht das Steinmüllergelände in 20 Jahren?“ Diese Frage hat Herr Beigeordneter Stücker anlässlich eines Interviews (siehe S. 79 des vorgenannten Werkberichts) in wenigen Sätzen vortrefflich auf den Punkt gebracht: „Dann wird das Steinmüllergelände lebendiger Teil der Innenstadt sein, ohne trennende Barrieren zwischen den Bereichen. Auf dem Areal wird es einen Nutzungsmix geben aus Handel, Forschung, Verwaltung, Sport, Freizeit; neue Arbeitsplätze werden entstanden, öffentliche Räume belebt sein. Und das Ackermanngelände besticht dann durch innerstädtische Wohnformen. Gerade die Mischung aus Ackermann und bestehender Innenstadt wird insgesamt das Zentrum nachhaltig stärken – mit dem Steinmüllergelände als elementaren Teil.“

Mit großer Dankbarkeit stelle ich fest, dass **wir bei der Verwirklichung dieser städtebaulichen Vision bereits wichtige Meilensteine erreicht haben.** Dies sollte uns Ansporn und Verpflichtung zugleich sein, den Stadtimpuls Gummersbach auch in den kommenden Jahren gemeinsam, dynamisch und zielstrebig weiter voranzutreiben.

Eine wertvolle Unterstützung auf diesem Weg sind insbesondere die gut 4 Mio. EUR Städtebaufördermittel, welche uns die Bezirksregierung Köln im Oktober bewilligt hat.

So können wir mit diesem Geld im kommenden Jahr u. a. auf dem **Ackermann Gelände** die neue östliche Erschließung von der Rospestraße einschließlich einer Abbiegespur herstellen sowie notwendige Stellplätze bauen. Im Sommer 2012 werden dann als erste private Baumaßnahme Wohnquartiere an der Rospestraße mit insgesamt 40 Wohneinheiten entstehen.

In der Nähe der AGewiS errichten wir in 2012 eine P+R-Anlage mit gut 50 Stellplätzen, die für Berufspendler vorgesehen ist, welche die Bahnverbindung nach Köln nutzen.

Schließlich **wird im Bereich des Bismarckplatzes mit dem Bau einer neuen Treppenanlage nebst Aufzug begonnen,** zudem erhält die Rathausbrücke ein modernes Erscheinungsbild. Bei planmäßigem Verlauf soll diese Maßnahme bis spätestens November 2012 abgeschlossen sein.

Aus verkehrsplanerischer Sicht ist erwähnenswert, dass in 2012 der erste Bauabschnitt des Ringschlusses ausgehend vom Steinmüllerkreisel bis etwa in Höhe des geplanten Busbahnhofes realisiert werden soll. **Im Jahr 2013** ist dann der **Bau des neuen Zentralen Omnibusbahnhofs** vorgesehen. Auch will die Deutsche Bahn 2013 den Neubau des Bahnsteiges realisieren. Nach Rückbau des alten Zentralen Omnibusbahnhofs erfolgt dann **in 2014 die Fertigstellung der Ringstraße.**

Eine bedeutendes Vorhaben im Bereich Verkehrsinfrastruktur möchte ich noch erwähnen: Nach Beendigung der planmäßig verlaufenden Umbauarbeiten - voraussichtlich Mitte 2012 - wollen wir im Herbst 2012 mit der **Erneuerung der Rospestraße** zwischen der Westtangente und dem Steinmüllerkreisel beginnen; im Zuge dieser Maßnahme werden die Bushaltestellen barrierefrei umgebaut sowie das Angebot für Radfahrer verbessert. Die Gesamtkosten für diese Straßenbaumaßnahme liegen bei 1,8 Mio. EUR, hiervon werden voraussichtlich 60 % aus dem Landesförderprogramm Stadtverkehr bezuschusst.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
auch der **Wirtschaftsstandort Gummersbach entwickelt sich weiter äußerst erfreulich.**

Im **Gewerbegebiet Windhagen-West II** konnte die Firma Henning Schröder Internationale Erbenermittlung im Sommer diesen Jahres ihr neues Betriebsgebäude einweihen.

Die Firma Königs + Woisetschläger Sicherheitstechnik befindet sich kurz vor der Fertigstellung eines Erweiterungsgebäudes, für dessen Realisierung wir ihr – über unsere Entwicklungsgesellschaft - ein passendes Grundstück verkaufen konnten.

Eine weitere, ca. 3500 qm große Fläche wurde an die Firma Sino Europe verkauft. Der Entwickler und Hersteller von mechanischen und elektro-mechanischen Baugruppen für viele Industriebereiche, der noch seinen Sitz in Wiehl-Marienhagen hat, wird hier in Kürze mit dem Bau eines neuen Betriebs- und Verwaltungsgebäudes beginnen.

Ebenso dynamisch stellt sich die Vermarktung im **Gewerkepark Herreshagen-Sonnenberg** dar:

Im September konnte die Firma Schroeder Valves ihr neues Produktions- und Verwaltungsgebäude einweihen. Nahezu fertig gestellt ist auch das Gebäude der Firma Aggerhydraulik. Die Firma Steinserv wird aufgrund ihrer hervorragenden Entwicklung im kommenden Jahr mit dem Bau einer weiteren Gewerbehalle beginnen. Neu in den Reihen der „Sonnenberg-Betriebe“ ist der Autozulieferer Ousta & Malcok, der eine ca. 5500 qm große Fläche zur Errichtung einer neuen Betriebsstätte erworben hat. Auch die Firma ABUS Kransysteme plant bereits nach Fertigstellung des ersten Bauabschnitts die Errichtung einer weiteren großen Halle.

Infolge dieser überaus erfolgreichen Vermarktung hat unsere Entwicklungsgesellschaft damit begonnen, den letzten Abschnitt des Gewerbeparks Sonnenberg – es handelt sich um den Be-

reich zwischen Remondis und der Ortslage Herreshagen – planerisch zu entwickeln. Der Bebauungsplan befindet sich bereits im Aufstellungsverfahren, die tiefbautechnischen Planungen sind in Bearbeitung. Hier werden **weitere 3 ha Nettobaufläche** entstehen.

Darüber hinaus werden **zusätzliche Arrondierungs- und Erweiterungsmöglichkeiten gewerblicher Bauflächen in den Bereichen Sonnenberg sowie Windhagen Ost und West** näher untersucht. Hier gibt es bereits realistische Planungsansätze, die bestehenden Gewerbegebiete schonend zu erweitern.

Wir sind somit auch in Zukunft in der Lage, unseren heimischen Unternehmen Standortperspektiven anbieten zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
im September hat die Stadt Gummersbach in einem **Kooperationsvertrag** der Deutschen Telekom signalisiert, dass sie den Glasfaserausbau unterstützt. **Als eine der ersten Städte in Deutschland haben wir die Chance, an das neue Hochleistungsnetz der Telekom angeschlossen zu werden.** Das geplante Ausbaugebiet mit rund 2200 Haushalten umfasst die Innenstadt sowie Steinenbrück und Teile der Berstig. Eine Informationsveranstaltung der Telekom im vergangenen Monat fand große Resonanz. 2012 fällt dann die Entscheidung, ob die Telekom das neue Netz aufbauen wird. Selbstverständlich **setzt sich die Stadtverwaltung nachhaltig dafür ein, gerade**

auch die Außenstadtteile – soweit noch nicht geschehen – mit schnellem Internet zu versorgen. So konnten wir in **Lieberhausen** die Dorfgemeinschaft bei ihrem vorbildhaftem Engagement organisatorisch unterstützen, die dortigen Haushalte durch eine sog. Richtfunktechnik mit Bandbreiten zu versorgen, die den Leistungen der bekannten DSL-Leitungen entsprechen.

Ein besonderes Anliegen ist es uns, meine sehr geehrten Damen Herren, für unsere Kinder und Jugendlichen insbesondere attraktive Spiel- und Sportmöglichkeiten zu schaffen: **Gummersbach ist eine kinderfreundliche Stadt!** So konnten in diesem Jahr – oftmals mit großzügiger Unterstützung der Bürgerschaft, heimischer Unternehmen sowie beispielsweise der Haas-Kessler-Stiftung oder unserer Sparkassen- und Bürgerstiftung – die Spielplätze in Karlskamp und in Dieringhausen an der Aggerhalle komplett erneuert werden; die Grundschule Windhagen erhielt einen Spiel- und Kletterturm und in Friedrichstal wurde ein sanierter Bolzplatz eingeweiht; auch der Spielplatz „Mozartstraße“ in Strombach wird in Kürze modernisiert. Natürlich gibt es noch viele Projekte, die wir für unsere Kinder und Jugendlichen auf den Weg bringen müssen: Gerade in diesem Bereich bin ich für jede Unterstützung dankbar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
auf den **überragenden Stellenwert, welches ein vielfältiges, qualitativ hochwertiges Schulangebot für die Stadt**

Gummersbach hat, bin ich bereits in meiner Haushaltsrede im vergangenen Jahr eingegangen.

In den kommenden Monaten müssen wir uns weiterhin mit dem demographischen Wandel auseinandersetzen, der sich im Rückgang von Grund- und Sekundarschülern vollzieht; zudem stellt sich die **Frage, inwieweit sich das Inkrafttreten des 6. Schulrechtsänderungsgesetzes auf die Gummersbacher Schullandschaft auswirkt.**

Unser gemeinsames Ziel muss es dabei bleiben, den Schulbereich auch in Zukunft gut aufzustellen, damit **weiterhin alle Schulabschlüsse für Gummersbacher Schülerinnen und Schüler entsprechend ihren Neigungen und Fähigkeiten möglich sind.**

Die schon teilweise **in den Nachbarkommunen** angekündigte **Schaffung von neuen Sekundarschulen** wird dann zu erheblichen Problemen führen, wenn wir hier zu keiner **interkommunalen Abstimmung** kommen. Durch die vorgegebene Struktur dieser neuen Schulform und die Möglichkeit der Schulträger, diese überwiegend integrativ zu gestalten, können Sekundarschulen als erhebliche Konkurrenz gerade für die Gesamtschulen betrachtet werden. Während noch im alten Schulgesetz die Schaffung neuer Gesamtschulen bei gleichzeitiger Gefährdung bestehender nicht möglich war, bleibt abzuwarten, wie im Genehmigungsverfahren neuer Sekundarschulen der

Schutz bestehender Gesamtschulen – wie der in Derschlag – berücksichtigt wird.

Im Schul- und Sportausschuss am 10. November 2011 wurde die **Arbeitsgruppe „Schulentwicklung in Gummersbach“** unter Beteiligung von Politik, Schulleitungen und Verwaltung ins Leben gerufen. Diese Arbeitsgruppe wird im vorstehenden Zusammenhang ein Konzept entwickeln, das dem Schul- und Sportausschuss als Beratungs- bzw. Entscheidungshilfe dienen soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
die bestmögliche Gewährleistung einer hohen Lebens- und Aufenthaltsqualität in den Außenstadtteilen ist uns ein zentrales Anliegen; hierzu zwei aktuelle Beispiele:

In seiner Sitzung am 22. November hat der Betriebsausschuss Stadtwerke die stufenweise **Sanierung des Hallenbades in Derschlag** beschlossen. Bis zum Jahr 2015 ist eine Erneuerung der technischen Anlagen vorgesehen, die auch zu erheblichen energetischen Verbesserungen führen soll. Die Gesamtkosten dieser Maßnahme belaufen sich bei rund 1,2 Mio. EUR – gut angelegtes Geld, damit wir das Bad in Derschlag dauerhaft für den Schul- und Vereinssport sowie die morgendlichen Frühschwimmer erhalten.

In seiner Sitzung am 23. November 2011 hat der Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss den Ankauf von Flächen **im**

Bereich des Bahnhofs Dieringhausen zwecks Errichtung einer P+R-Anlage beschlossen. Die Gesamtkosten der Anlage mit bis zu 75 Stellplätzen liegen bei rund 450.000 EUR und werden in Höhe von 85 % bezuschusst. Auch diese P+R-Anlage ist ein wichtiger Beitrag, um unseren Bürgerinnen und Bürgern die Nutzung der Bahn zu erleichtern.

Liebe Gummersbacherinnen und Gummersbacher,
ein bürgerorientiertes Handeln ist das wichtigste Anliegen der Stadtverwaltung.

Ich freue mich sehr, dass vor allem der im Januar 2005 gestartete **„Verwaltungsvorstand vor Ort“** in diesem Jahr von insgesamt 715 Bürgerinnen und Bürgern besucht wurde – dies ist ein **neuer Rekord** und entspricht gut 100 Besuchern pro Veranstaltung. Es hat sich längst herumgesprochen, dass diese Bürgerforen eine unbürokratische und effektive Möglichkeit bieten, sich über anstehende Planungen bzw. Maßnahmen zu informieren und mit Rat und Verwaltung im besten Sinne „vor Ort“ ins Gespräch zu kommen. **Gerade der persönliche Dialog sorgt für eine hohe Akzeptanz und Transparenz kommunaler Entscheidungen.** Auf direktem Weg sollen Vorstellungen, Wünsche und Kritikpunkte diskutiert und gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten gesucht werden. Als **direkter Ansprechpartner** versteht sich auch das von meiner Mitarbeiterin Frau Menzl geführte **Beschwerdemanagement**, das im laufenden Jahr gut 260 Mal in Anspruch genommen wurde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
wir wollen bürgerschaftliches Engagement größtmöglich unterstützen und dabei auch neue Wege gehen. So haben wir vor kurzen eine **Arbeitsgruppe** initiiert, die sich damit beschäftigt, wie die Infrastruktur im Stadtteil **Derschlag** sowie dessen Erscheinungsbild weiter verbessert werden kann. Die Arbeitsgruppe setzt sich aus Bürgerinnen und Bürger, Stadtverordnete sowie Mitarbeitern der Verwaltung zusammen. Ich bin zuversichtlich, dass diese Zusammenarbeit wertvolle Impulse für die weitere Entwicklung in Derschlag geben wird.

Liebe Gummersbacherinnen und Gummersbacher,
sehr verehrte Stadtverordnete,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

von dem amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy stammt der Ausspruch: **„Wenn wir uns einig sind, gibt es wenig, was wir nicht können. Wenn wir uneins sind, gibt es wenig, was wir können.“**

In den vergangenen Jahren waren wir uns in nahezu allen wesentlichen Fragen der Entwicklung unserer Heimatstadt einig. Voraussetzung hierfür ist und bleibt ein kritisch-konstruktiver Meinungsaustausch über Wege und Ziele, um so notwendige Handlungsoptionen gemeinsam zu erarbeiten und im Ergebnis zukunftsfähige Entscheidungen treffen zu können.

Dieses geschlossene Auftreten hat das Ansehen der Stadt Gummersbach in der Region Rheinland sowie bei den für uns maßgeblichen staatlichen Stellen in Düsseldorf und Köln erheblich gemehrt.

Vor allem aber konnten wir uns gemeinsam hervorragende Zukunftsperspektiven zum Wohle unserer Heimatstadt erarbeiten, die wir weiterhin konsequent nutzen müssen.

Mein aufrichtiger Dank gilt Ihnen, sehr verehrte Stadtverordnete sowie allen Bürgerinnen und Bürgern für Ihre vorbildhafte Unterstützung, aus der ich Kraft und Zuversicht schöpfe. **Ich freue mich sehr auf unseren weiteren gemeinsamen Weg!**

Nicht nur im Handball kommt es auf Teamgeist an, auch in der Verwaltung: Mein besonderer Dank gilt meinen Kollegen im Verwaltungsvorstand, deren Rat und deren Freundschaft ich nicht missen möchte. Dank und Anerkennung spreche ich schließlich allen Kolleginnen und Kollegen im Rathaus aus: Sie machen einen exzellenten Job!

Ich wünsche den anstehenden Haushaltsberatungen einen guten Verlauf und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.